A14

Antrag

Initiator*innen: Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg)

Titel: **Nie wieder ist jetzt! Für eine zeitgemäße Erinnerungskultur und starke Gedenkstätten in Schleswig-Holstein**

Antragstext

Wir stärken die Gedenkstätten in SH: Gemeinsam erinnert es sich besser!

2025 ist ein besonderes Jahr: Zum 80. Mal jährt sich die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz und das Ende des Zweiten Weltkriegs. Das Erstarken der AfD - einer rassistischen und rechtsextremen Partei - zeigt uns, dass das Gedenken an die grausamen und unmenschlichen Verbrechen der Nationalsozialisten heute wichtiger denn je ist.

Die Erinnerung muss wachgehalten werden, um Hass und Hetze einzudämmen. Denn Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antiziganismus nehmen in unserem Land wieder zu. Es gibt nur noch wenige Zeitzeugen, die über Erlebtes sprechen können und deren Erzählung den nachfolgenden Generationen eine eindrückliche Mahnung sein kann. Umso wichtiger ist für unser historisches Bewusstsein die Arbeit von Gedenkstätten und eine ausgeprägte und zeitgemäße Erinnerungskultur.

Seit 2021 wird der 8.Mai (Tag der Befreiung) in Schleswig-Holstein als offizieller Gedenktag begangen. Der Initiativkreis Gedenktag 8. Mai hatte dies in einer breit unterstützen Petition gefordert. Dieser Gedenktag hat in ganz Deutschland und auch für uns in Schleswig-Holstein eine herausragende Bedeutung für unsere kollektive Identität. Er ist deshalb fester Bestandteil der Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit in unserem Land. Jedes Jahr finden zahlreiche Veranstaltungen statt, die nicht nur von den Gedenkstätten, sondern auch von Vereinen, Kulturinstitutionen und engagierten Privatpersonen organisiert werden.

Bündnis 90/Die Grünen tritt für eine aktive Erinnerungskultur ein und fordert, dass es hierzu eine intensivere Auseinandersetzung mit den beteiligten Akteurinnen und Akteuren gibt. Wir schlagen vor, dass es zu einem regelmäßigen dialogischen Austausch mit den zentralen Stakeholdern der Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit kommt. Ziel ist es, sich intensiv mit den Formen und Möglichkeiten einer zeitgemäßen Erinnerungskultur auseinanderzusetzen, ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln und dem offiziellen Gedenken mehr öffentliche Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

Bündnis 90/Die Grünen unterstützt die wertvolle Arbeit der Gedenkstätte und setzt sich für die nachhaltige Absicherung ihrer Arbeit ein. Die Gedenkstätten müssen auch in den kommenden Jahren ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung haben, um ihre wichtige Arbeit ohne Abstriche fortsetzen zu können. Eine nachhaltige Absicherung ist wichtig, um die Professionalität und die Hauptamtlichkeit zu erhalten. Letztere ist eine unverzichtbare Stütze für das zahlreiche ehrenamtliche Engagement in diesem Bereich.

Wir fordern, dass das Landesgedenkstättenkonzept (Landeskonzept zur Förderung und Weiterentwicklung von Erinnerungsarbeit an historischen Lernorten zur Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur in Schleswig-Holstein) aus dem Jahr 2015 gemeinsam mit den Stakeholdern überarbeitet wird, um es inhaltlich anzupassen und zukunftsfest zu machen.

Antrag in leichter oder einfacher Sprache

Wir wollen uns zusammen an den Holocaust erinnern. Das ist grade jetzt wichtigt, damit die AFD nicht noch stärker wird. So etwas wie vor 80 Jahren darf nie wieder passieren.

Es gibt immer mehr Rassismus, Diskriminierung und Hass. Menschen, die den Holocaust vor 80 Jahren überlebt haben und davon erzählen können, werden immer weniger. Darum müssen wir die Arbeit der Gedenkstätte in Schleswig-Holstein unterstützen.

Der 8.Mai (Tag der Befreiung) ist in Schleswig-Holstein seit 2021 offizieller Gedenktag. Am 08. Mai gibt es an vielen Orten im Land gemeinsame Erinnerungsveranstaltungen. Das finden wir richtig und unterstützen das.

Wir müssen darüber sprechen, wie wir uns am besten zusammen an diese Zeit erinnern wollen. Darin wollen wir die Gedenkstätten unterstützen und ihnen für ihre Arbeit auch Geld geben.

2015 hat das Land ein Papier geschrieben, wie wir uns hier im Land zusammen erinnern wollen. Das Papier soll erneuert werden.

Begründung

Die Begründung ergibt sich aus dem Antragstext.

Unterstützer*innen

Karin Burakowski (KV Lübeck), Maya Diederichs (KV Kiel), Jens Herrndorff (KV Pinneberg), Vera Hanel (KV Stormarn), Inga Asmussen (KV Kiel), Rebecca Bräutigam (KV Rendsburg-Eckernförde), Steffen Regis (KV Kiel), Andreas Lang (KV Stormarn), Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde), Susanne Lohmann (KV Stormarn), Annegret Kranz-Kniesel (KV Lübeck), Philipp Kowalski (KV Lübeck), Ralph von Repel (KV Rendsburg-Eckernförde), Anna Luther (KV Lübeck), Sebastian Syrbe (KV Lübeck), Bettina Aust (KV Kiel), Nadine Mai (KV Pinneberg), Astrid Griess (KV Pinneberg), Johanna Helbing (KV Lübeck), Liam Burdon (KV Lübeck), Martina Walther (KV Lübeck), Pascal Schenk (KV Lübeck), Julia Tamara Bochnik (KV Kiel), Aksel Leimbach (KV Stormarn), Annabell Louisa Pescher (KV Flensburg), Michael Klinger (KV Schleswig-Flensburg), Jörg-Rüdiger Geschke (KV Herzogtum Lauenburg), Ben Lüdke (KV Steinburg), Dörte Schnitzler (KV Kiel), Birgit Asmus-Mrozek (KV Steinburg), Scarlett Schmit (KV Steinburg), Kai Hergert (KV Herzogtum Lauenburg), Anne Birke (KV Schleswig-Flensburg), Ellen Kittel (KV Flensburg), Annette Granzin (KV Ostholstein), Jörg Friedrichsen-Daemberg (KV Nordfriesland), Henning In den Birken (KV Pinneberg), Lorenz Mayer (KV Segeberg), Martin Kolanus (KV Herzogtum Lauenburg), Ulrike Täck (KV Segeberg), Dennis Kuzel (KV Pinneberg), Zoé Engel (KV Kiel), Selke Harten-Strehk (KV Rendsburg-Eckernförde), Martin Lätzel (KV Rendsburg-Eckernförde), Uta Bergfeld (KV Schleswig-Flensburg), Reimo Schaaf (KV Ostholstein), Mathias Schmitz (KV Pinneberg), Peer Lessing (KV Pinneberg), Marcel Beutel (KV Ostholstein), Oliver Lorentzen (KV Pinneberg), Burak Kocaaslan (KV Kiel), Dieter Dluzewski (KV Dithmarschen), Katrin Stange (KV Pinneberg)